

Markus Marterbauer

# Erholung der Investitionskonjunktur

## Prognose für 2006 und 2007

**Österreichs Wirtschaft wird im Jahr 2006 real um 2,4% wachsen. Export und Investitionen tragen die Konjunkturerholung. Hingegen kann sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte kaum aus ihrer Schwäche lösen. Der Preisauftrieb verlangsamt sich, das ermöglicht eine mäßige Ausweitung der Real-einkommen. Die Aufstockung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik verhindert eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit, trägt zusammen mit anderen Ausgabensteigerungen allerdings auch zu einem Anstieg des Budgetdefizits bei.**

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 21. Dezember 2005.  
• E-Mail-Adresse: [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at)

Die heimische Exportwirtschaft belebt sich seit dem Sommer 2005 merklich. Österreich ist vor allem als Zulieferer zur Industrie in Deutschland und den anderen europäischen Ländern begünstigt, die bei anhaltend starker Weltkonjunktur von steigenden Auftragseingängen aus den erdölproduzierenden Ländern und der Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar profitiert. Das Wachstum des Warenexports sollte sich im Jahr 2006 aufgrund zusätzlicher Impulse aus Deutschland weiter beschleunigen und real +6½% erreichen. Die Anhebung des allgemeinen Satzes der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% mit 1. Jänner 2007 wird umfangreiche Vorziehkäufe an dauerhaften Konsumgütern, vor allem an Pkw, auslösen. Wegen des Booms der deutschen Autohersteller wird Österreichs erfolgreiche Zulieferindustrie wesentlich höhere Auftragseingänge verzeichnen. Somit könnte die Wertschöpfung der heimischen Sachgütererzeugung im Jahr 2006 um real 4,3% steigen.

Für den weiteren Konjunkturverlauf ist entscheidend, ob sich die Gewinne der Exportunternehmen in einer Ausweitung der Investitionstätigkeit niederschlagen. Für diese Entwicklung sind erste Anzeichen zu beobachten: Gemäß dem WIFO-Investitionstest vom Herbst 2005 hat sich in der Kfz- und Stahlindustrie ebenso wie im Maschinen- und Anlagenbau die Stimmung gedreht, die Unternehmen schieben Investitionsprojekte nicht weiter auf, sondern planen deren Umsetzung. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten im Jahr 2006 um 3% höher sein als im Vorjahr. Auch die Bauwirtschaft beurteilt ihre Auftragslage optimistisch, die Bauinvestitionen dürften im Jahr 2006 um 2,5% zunehmen.

Die gegenwärtige Konjunkturerholung kann in einen Konjunkturaufschwung übergehen, wenn auch Einkommen und Konsumnachfrage der privaten Haushalte von der Aufwärtstendenz erfasst werden. Dafür gibt es aber bislang noch keine Anzeichen, wengleich das Weihnachtsgeschäft im Einzelhandel günstig verlaufen sein dürfte<sup>1)</sup>. Der reale Konsum der privaten Haushalte wuchs seit dem Jahr 2000 um nur 1% pro Jahr, halb so rasch wie im langfristigen Durchschnitt. Das war vor allem auf schwache Reallohnsteigerungen und den Anstieg der Sparquote zurückzuführen – sie erreichte im Jahr 2005 9,4% der verfügbaren Einkommen. In den Jahren 2006 und 2007 dürfte die Konsumnachfrage um knapp 2% über dem Vorjahreswert liegen – zu wenig, um einen kräftigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu leisten. Begünstigt wird

<sup>1)</sup> Wüger, M., "Konsumnachfrage in Österreich weiterhin verhalten – Zuwächse im Weihnachtsgeschäft", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(12), S. 821-833, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25846](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25846).

die leichte Verbesserung im Konsum von etwas höheren Lohnabschlüssen und einer Verlangsamung des Preisauftriebs. Die Inflationsrate wird 2006 und 2007 bei jeweils 1,9% liegen, sofern sich die Rohölnotierungen auf den Weltmärkten wie erwartet beruhigen. Eine Übertragung des Anstiegs der Energiepreise auf die Preise anderer Güter und Dienstleistungen ist bislang nicht zu verzeichnen.

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich weiter kräftig (2006 +34.000). Die Hälfte des Zuwachses entfällt auf ausländische Arbeitskräfte. Weiterhin steigt vor allem die Zahl der Arbeitsplätze für Frauen in Dienstleistungsbranchen, überwiegend in Teilzeitform. Allerdings entwickelt sich die Beschäftigung auch in typischen Männerbranchen mit Vollzeit Arbeitsplätzen günstiger: In der Bauwirtschaft nimmt die Beschäftigung erstmals seit 1997 zu. In der Sachgütererzeugung werden im Jahr 2006 nur wenige Arbeitsplätze verloren gehen, der beträchtliche Produktionszuwachs wird mit einer starken Steigerung der Stundenproduktivität (+4½% pro Jahr) bewältigt. Für das Jahr 2006 ist eine Aufstockung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik um ein Drittel vorgesehen. In der Folge wird sich die Zahl der Schulungsteilnahmen um etwa 10.000 im Jahresdurchschnitt erhöhen. Die verbesserte Qualifizierung von Arbeitslosen, vor allem der Problemgruppen Wiedereinsteigerinnen und Jugendliche, ist wichtig und sollte über das Jahr 2006 hinaus fortgeführt werden. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Schulungen werden nicht als arbeitslos gezählt, deshalb wird die Arbeitslosenquote nicht weiter steigen. Sie verharrt auf dem hohen Niveau von 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnung bzw. 5,2% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 1,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,0
Nominell		+ 2,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,7	+ 4,3	+ 3,9
Sachgütererzeugung <sup>1)</sup> , real		+ 0,4	- 0,1	+ 4,6	+ 3,3	+ 4,3	+ 3,7
Handel, real		+ 2,0	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,9
Private Konsumausgaben, real		+ 0,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0
Bruttoanlageinvestitionen, real		- 5,0	+ 6,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,7	+ 2,4
Ausrüstungen <sup>2)</sup>		- 8,2	+ 7,7	+ 0,8	± 0,0	+ 3,0	+ 3,0
Bauten		- 2,3	+ 4,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0
Warenexporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 4,3	+ 2,6	+12,9	+ 3,5	+ 6,5	+ 5,7
Nominell		+ 4,2	+ 1,9	+13,9	+ 4,8	+ 7,4	+ 6,2
Warenimporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 0,3	+ 6,5	+11,4	+ 1,8	+ 5,3	+ 5,2
Nominell		- 2,0	+ 5,0	+12,5	+ 4,8	+ 6,6	+ 6,0
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	+ 0,75	- 0,48	+ 0,58	- 0,17	+ 0,70	+ 0,67
	in % des BIP	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3
Sekundärmarktrendite <sup>4)</sup>	in %	5,0	4,2	4,2	3,4	3,7	4,0
Verbraucherpreise		+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) <sup>5)</sup>		4,2	4,3	4,8	5,2	5,2	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>		6,9	7,0	7,1	7,2	7,2	7,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>7)</sup>		- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,7	- 1,9	- 1,5

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – <sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Laut Statistik Austria. – <sup>4)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – <sup>5)</sup> Labour Force Survey. – <sup>6)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>7)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte im Jahr 2006 unter der Schwelle von 2% des BIP bleiben. Einerseits entwickeln sich die Einnahmen an Gewinnsteuern günstiger als angenommen, und die Verwaltungsreform bringt eine Entlastung; andererseits werden zusätzliche Ausgaben für Personalkosten, Pensionen, Arbeitsmarkt-, Forschungs- und Bildungspolitik wirksam. Für das Jahr 2007 liegt noch kein Bundesvoranschlag vor. Unter den konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Annahme einer restriktiven Gestaltung der öffentlichen Ausgaben würde sich ein Abgang von etwa 1½% des BIP ergeben.

Kurzfristige Risiken für die WIFO-Prognose gehen von der Volatilität der Erdölpreise und des Wechselkurses zwischen Euro und Dollar aus. Vorzieheffekte in Deutschland und Einmalereignisse in Österreich (wie etwa der EU-Ratsvorsitz) beleben das heimische BIP im Jahr 2006. 2007 könnte sich dagegen ein leichter Rückschlag ergeben, der durch den notwendigen Abbau des hohen Defizits der öffentlichen Haushalte verstärkt wird. Der Ausblick auf das Wirtschaftswachstum im Jahr 2007 muss derzeit noch vage bleiben, es könnte bei real etwa +2% liegen. Die Konjunktdynamik könnte stärker ausfallen als hier unterstellt, wenn die Investitionen kräftig anziehen, Qualifizierungs- und Forschungsimpulse anhalten, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte merklich zunehmen und die Konsumnachfrage ihre langjährige Schwächephase überwindet.

Seit dem Sommer belebt sich die Konjunktur in Deutschland deutlich. Die Exportindustrie verzeichnet eine wesentliche Verbesserung der Auftragslage, sie profitiert besonders von der steigenden Nachfrage der erdölproduzierenden Länder nach Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern, dem markanten Rückgang der relativen Lohnstückkosten und der Abschwächung des Euro gegenüber dem Dollar. Im III. Quartal 2005 wuchs die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal real um 0,6% und gegenüber dem Vorjahr um 1,3%. Für den weiteren Konjunkturverlauf ist nun entscheidend, ob die sehr hohen Gewinne der Exportindustrie weiterhin primär in Schuldentrückzahlungen, Rückkäufe eigener Aktien und Auslandsinvestitionen umgesetzt oder zur lange aufgestauten Belebung der Investitionstätigkeit im Inland genutzt werden.

Die deutsche Wirtschaft litt in den vergangenen Jahren vor allem unter einer markanten Schwäche der Konsumausgaben der privaten Haushalte, die durch reale Einkommensverluste der unselbständig Erwerbstätigen und eine Zunahme der Sparneigung geprägt war. Mitte der neunziger Jahre setzte überdies ein anhaltender Rückgang der Bauinvestitionen ein. Beide Nachfrageaggregate zeigen bislang keine Anzeichen einer Erholung.

Das WIFO erwartet dennoch im Jahr 2006 einen kräftigen Nachfrageschub, der von der Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% am 1. Jänner 2007 ausgelöst wird. Ein Drittel der Belastung durch die Steuererhöhung soll durch eine Senkung der Lohnnebenkosten kompensiert werden. Im Jahr 2006 sind massive Vorziehkäufe an dauerhaften Konsumgütern – vor allem Pkw – zu erwarten (im Durchschnitt macht die Mehrwertsteueranhebung beim Kauf eines Neuwagens etwa 700 € aus). Die deutsche Autoindustrie wird deshalb im Jahr 2006 deutliche Produktionszuwächse verzeichnen. Darüber hinaus werden sich vor der Streichung der Eigenheimzulage unmittelbar der Kauf von Wohnungen und die Wohnbauinvestitionen beleben. Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen dieser Vorzieheffekte werden im Jahr 2006 etwa +½% des BIP betragen. Die deutsche Wirtschaft dürfte deshalb mit einem Anstieg des BIP um fast 2% das stärkste Wachstum seit dem Jahr 2000 erreichen.

Dies sollte allerdings nicht als Überwindung der Konsumkrise gedeutet werden, denn die vorgezogene Nachfrage fehlt im Jahr 2007. Erfahrungsgemäß zieht die Anhebung indirekter Steuern unmittelbar Preissteigerungen nach sich und löst massive Vorziehkäufe aus, die im Folgejahr vollständig kompensiert werden. Für das Jahr 2007 plant die deutsche Bundesregierung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer hinaus ein umfangreiches Programm zur Budgetkonsolidierung. Das Ausmaß der davon ausgehenden Wachstumsdämpfung wird von den konkreten Konsolidierungsmaßnahmen abhängen, aber auch davon, wie weit die Konjunkturerholung bis dahin vorangeschritten sein wird. Die Gefahr, dass sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft neuerlich merklich abschwächt, ist jedoch hoch. Das BIP könnte im Jahr 2007 real um etwa 1¼% expandieren.

## Wachstum beschleunigt sich in Deutschland vorübergehend

*Die deutsche Wirtschaft profitiert 2006 von einer Erholung der Exportkonjunktur. Dazu kommen umfangreiche Vorzieheffekte aufgrund der beabsichtigten Anhebung des Mehrwertsteuersatzes. Das Wirtschaftswachstum wird sich auf knapp 2% beschleunigen, für 2007 ist allerdings mit einem empfindlichen Rückschlag zu rechnen.*

## Langsame Konjunkturerholung im Euro-Raum

Im Euro-Raum hat sich die Exportkonjunktur seit Mitte 2005 merklich erholt, hingegen bleibt die Verbraucherstimmung weiter verhalten. Zum leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit tragen auch statistische Effekte bei.

Im Euro-Raum hat sich die Konjunktur ausgehend von einem stärkeren Auftrieb der Exportwirtschaft im 2. Halbjahr 2005 etwas erholt, das Wirtschaftswachstum erreicht gut 1½% gegenüber dem Vorjahr. Auch 2006 sollte sich der Export günstig entwickeln. Die gute Gewinnlage und die Verbesserung der Absatzerwartungen könnten eine Belebung der Investitionstätigkeit auslösen, allerdings ist die Kapazitätsauslastung noch relativ niedrig. Bislang hat sich die Konsumentenstimmung nicht nennenswert erholt. Die Energieverteuerung, die hohe Arbeitslosigkeit und die Verunsicherung durch nicht immer zielgerichtete und gut kommunizierte Reformen im Sozialstaat trüben das Verbrauchervertrauen. Dazu kommt in vielen Ländern eine sehr zurückhaltende Lohnpolitik, die zwar den Export begünstigt, die Konsumnachfrage aber dämpft.

Die Wirtschaft wird im Euro-Raum im Jahr 2006 von der vorübergehenden Belebung der Binnennachfrage in Deutschland zusätzlich profitieren, das Wirtschaftswachstum wird bei mehr als 2% liegen. Der Rückschlag im Jahr 2007 dürfte geringer ausfallen als in Deutschland, weil die Fiskalpolitik in den anderen Ländern der Währungsunion weniger restriktiv sein wird.

### Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 1,5	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,7
USA	+ 1,6	+ 2,7	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,0
Japan	- 0,3	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5
EU 25	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0
EU 15	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,9
Euro-Raum	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,9
Deutschland	+ 0,1	- 0,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,2
Neue EU-Länder <sup>1)</sup>	+ 2,6	+ 3,8	+ 5,1	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,0
China	+ 8,3	+ 9,3	+ 9,5	+ 9,3	+ 9,0	+ 9,0
Welthandel, real	+ 3,4	+ 4,8	+ 7,9	+ 7,3	+ 8,5	+ 8,0
Marktwachstum Österreichs <sup>2)</sup>	+ 1,8	+ 5,1	+ 8,4	+ 5,0	+ 6,3	+ 5,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise <sup>3)</sup>						
Insgesamt	- 5	- 4	+18	+39	+10	+11
Ohne Rohöl	- 6	- 6	+18	+10	+15	+ 8
Erdölpreis <sup>4)</sup>	\$ je Barrel	24,1	28,4	36,3	57,0	62,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,945	1,131	1,243	1,25	1,16

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – <sup>1)</sup> Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – <sup>2)</sup> Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>3)</sup> HWWA-Index, Euro-Basis. – <sup>4)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Innerhalb des Euro-Raums verläuft die Konjunktur weiterhin sehr unterschiedlich. Unter großen Problemen leidet derzeit die Wirtschaft Italiens, des zweitwichtigsten Handelspartners von Österreich: Die Wettbewerbsfähigkeit ist ungenügend, der traditionelle Ausweg der Abwertung durch die Teilnahme an der Währungsunion verschlossen. Die italienische Wirtschaft wuchs im Jahr 2005 real um nur etwa ¼%, für das Jahr 2006 wird eine Rate von höchstens +1% erwartet. Neben den umfangreichen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik muss das Budgetdefizit verringert werden – es liegt im Jahr 2006 bei über 4% des BIP. Auch die portugiesische Wirtschaft liegt bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit zurück und wird zudem durch die laufenden Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte belastet. In einer zweiten Gruppe von Ländern wird die Wirtschaft im Jahr 2006 um etwas mehr als 2% wachsen; dazu gehören neben Österreich auch Belgien, die Niederlande und Frankreich. Merklich rascher expandiert das BIP in Finnland, Irland, Spanien und Griechenland.

Laut Eurostat verringerte sich die Arbeitslosenquote im Euro-Raum im Jahr 2005 leicht auf 8,6% der Erwerbspersonen. Die Arbeitsmarktlage unterscheidet sich zwischen den einzelnen Ländern allerdings merklich: In Spanien, Irland und Finnland spiegelt der Rückgang der Arbeitslosigkeit die günstige Konjunktur wider. Die Verbesserung in Italien steht hingegen im Gegensatz zur Konjunkturfalte. Wie auch in anderen Ländern wird vor der Parlamentswahl versucht, die ausgewiesene Arbeitslosigkeit durch eine Ausweitung von Schulungen oder großzügige Definition der Beschäftigtenzahlen zu verringern. In Deutschland, Frankreich, Griechenland und Belgien hat sich die

Arbeitslosenquote auf hohem Niveau stabilisiert. Einen Anstieg verzeichneten mehrere kleinere Länder der Währungsunion, darunter Portugal, die Niederlande und Österreich. Für das Jahr 2006 erwartet die Europäische Kommission einen weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosenquote im Euro-Raum auf 8,4%.

In den USA wird die Konjunktur weiterhin von der starken Konsumnachfrage getragen. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Konsumgüter werden durch kräftige Lohnzuwächse angetrieben, die Reallöhne je Beschäftigten steigen um etwa 2% pro Jahr. Dazu kommen positive Vermögenseffekte durch den Anstieg der Hauspreise. Die Hausse auf wichtigen Segmenten des Immobilienmarktes belebt auch die Wohnbauinvestitionen, sie übertrafen das Niveau des Vorjahres im III. Quartal 2005 real um 7%. Die Verteuerung von Wohnimmobilien und die Ausweitung der Wohnbauinvestitionen schwächten sich in den letzten Quartalen nur wenig ab.

Auch die Unternehmensinvestitionen erhöhen sich aufgrund der Zunahme der Kapazitätsauslastung und günstiger Absatzerwartungen deutlich. Dennoch dürfte sich das Wirtschaftswachstum von real 3,6% im Jahr 2005 leicht auf etwa 3% im Jahr 2007 abschwächen, weil die merkliche Anhebung des kurzfristigen Zinsniveaus durch die Fed Konsum und Bauinvestitionen dämpfen wird.

Das wesentliche Risiko für die Konjunktur besteht in den USA in einem möglichen Einbruch des Immobilienmarktes. Auch das hohe Defizit in der Leistungsbilanz – es könnte 2007 auf über 7% des BIP steigen – bildet ein Risiko: Eine mögliche markante Abwertung des Dollars würde einen Anstieg des langfristigen Zinsniveaus nach sich ziehen. Die Hauptlast der Abwertung würden allerdings die Handelspartner tragen.

Die Konjunktur wurde im Euro-Raum in den letzten Jahren unter den Rahmenbedingungen generell schwacher Binnennachfrage erheblich durch die Entwicklung der Rohstoffpreise und den Wechselkurs des Euro beeinflusst. Revisionen der Konjunkturprognose waren häufig das Ergebnis kurzfristiger Schwankungen auf diesen Märkten. Seit September sind die Notierungen für Rohöl auf den Weltmärkten von einem Höchststand von 70 \$ je Barrel auf unter 60 \$ zurückgegangen. Vorhersagen über den weiteren Verlauf der Erdölpreise sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, weil sich die hohe Instabilität der weltpolitischen Situation in einem erheblichen spekulativen Preisaufschlag spiegelt. Die Nachfrage nach Rohöl und anderen Energierohstoffen ist ungebrochen stark, auch weil die kräftige Expansion der Wirtschaft Chinas sehr energieintensiv ist. Das WIFO unterstellt für Prognosezwecke einen durchschnittlichen Importpreis von Erdöl in den Industrieländern von 57 \$ je Barrel im Jahr 2006 und 62 \$ im Jahr 2007.

Der Euro hat gegenüber dem Dollar seit Anfang 2005 von 1,35 \$ auf unter 1,20 \$ je Euro abgewertet. Als Determinante dieser Entwicklung bezeichnen die meisten Analysten die Zunahme des kurzfristigen Zinsdifferentials zwischen den USA und Europa. Diese wird auch 2006 und 2007 hoch sein, was auf eine weitere leichte Abwertung des Euro hindeutet. Andererseits sollte das hohe Leistungsbilanzdefizit in den USA mittelfristig eine Abschwächung des Dollarkurses mit sich bringen. Zeitpunkt und Ausmaß dieser Korrektur sind allerdings nicht prognostizierbar. Das WIFO nimmt einen Wechselkurs von 1,16 \$ je Euro im Jahr 2006 an.

Die österreichische Wirtschaft wuchs im Jahr 2005 real um 1,9%. In der zweiten Jahreshälfte erholte sich vor allem die Konjunktur in der exportorientierten Industrie. Die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen erwarten, dass die hohen Exportgewinne zunehmend investiert werden. Die seit zwei Jahren anhaltende Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen ginge damit zu Ende. Mit der Übertragung der Exportkonjunktur auf die Investitionen dürfte die Erholung einen wesentlichen Schritt vorangekommen sein.

Die günstige Konjunktur in der Exportindustrie wird im Jahr 2006 um temporär wirkende expansive Impulse ergänzt. Österreich profitiert von den Vorzieheffekten vor der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland. Vor allem die Autozulieferer-

## Rekorddefizit in der Leistungsbilanz der USA

*In den USA ist die Konjunktur weiterhin lebhaft. Merkliche Anhebungen der Zinssätze bewirken 2006 und 2007 eine leichte Abschwächung des Wachstums. Ein erhebliches Risiko bildet ein möglicher Einbruch des Immobilienmarktes.*

## Hohe Unsicherheit über Rohstoffpreise und Wechselkurse

*Die Volatilität des Rohölpreises und des Euro-Wechselkurses ist sehr hoch, sie hat erhebliche Auswirkungen auf den kurzfristigen Konjunkturverlauf.*

## Konjunkturerholung in Österreich vom Export getragen

Österreichs Wirtschaft wächst im Jahr 2006 real um 2,4%. Die Expansion wird vom Export getragen und von einer Erholung der Investitionen unterstützt, hingegen setzt sich die seit 2001 anhaltende Schwäche der Konsumnachfrage fort.

dustrie sollte kräftige Auftragssteigerungen verbuchen. Österreichs EU-Ratsvorsitz wird im 1. Halbjahr 2006 eine Ausweitung der Nachfrage in der Hotellerie und im Gastgewerbe mit sich bringen. Die günstigere Konjunktur und Sondereffekte bewirken, dass die heimische Wirtschaft im Jahr 2006 um 2,4% wächst. Die Expansion wird vom Export und den Investitionen getragen sein.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,18	3,97	3,97	3,97	+ 7,7	- 5,0	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau <sup>1)</sup>	41,99	43,37	45,24	46,91	+ 4,6	+ 3,3	+ 4,3	+ 3,7
Energie- und Wasserversorgung	5,51	5,84	5,93	6,01	+ 2,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 1,5
Bauwesen	15,39	15,62	16,01	16,33	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0
Handel <sup>2)</sup>	26,54	26,78	27,27	27,78	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,9
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	8,41	8,51	8,73	8,90	+ 1,9	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,17	14,41	14,74	15,04	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	9,80	10,14	10,45	10,74	+ 4,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,8
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	34,06	35,02	35,82	36,65	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,3
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	11,65	11,61	11,65	11,59	- 0,4	- 0,3	+ 0,3	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	28,11	28,47	28,84	29,13	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	199,74	203,68	208,55	212,95	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,1
Bruttoinlandsprodukt	222,49	226,65	231,97	236,70	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – 1) Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – 3) Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – 4) Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – 5) Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

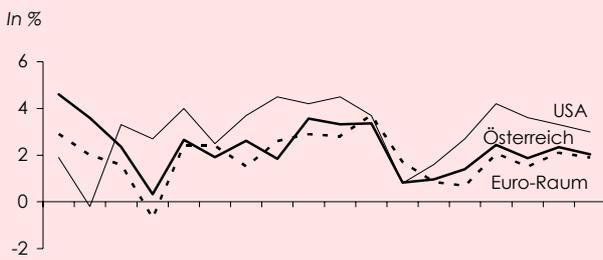
Die Binnennachfrage belebt sich etwas, bleibt im langfristigen Vergleich aber weiterhin schwach. Derzeit fehlen die Anzeichen für eine weitere Übertragung des Konjunkturauftriebs auf Einkommen und Konsum. Die Nachfrage der privaten Haushalte expandierte 2005 zum fünften Mal in Folge schwächer als im langfristigen Durchschnitt; das ist sehr außergewöhnlich. Der Konsum wird seit mehreren Jahren durch den geringen Anstieg der Nettoeallöhne und die Zunahme des Sparanteils am verfügbaren Einkommen gedämpft. Insbesondere eine ungünstige Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen und die Ausgabenzurückhaltung bremsen die Konjunktur im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen. Im Jahr 2006 dürfte das Konsumwachstum näher an den langfristigen Trend herankommen (real +1,8%)

Die kurzfristigen Risiken für die Konjunktur kommen weiterhin von der Instabilität der Rohstoff- und Devisenmärkte. Ein neuerlicher Anstieg der Erdölpreise oder eine Aufwertung des Euro würde das Wirtschaftswachstum dämpfen. Allerdings könnte sich die Exportkonjunktur auch als stärker erweisen als derzeit unterstellt. Mit einer vollen Übertragung der hohen Gewinne auf die Investitionstätigkeit würde ein wichtiger Impuls entstehen, der – sollte er sich auf Einkommen und Konsumnachfrage übertragen – einen selbsttragenden Aufschwung auslösen könnte.

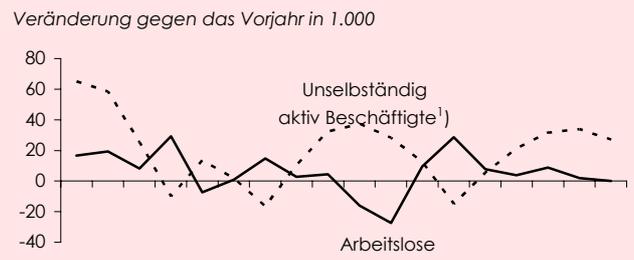
Der erste Ausblick auf das Jahr 2007 ist noch sehr vage. Das WIFO unterstellt eine Fortsetzung der Konjunkturerholung, wobei die Binnennachfrage etwas an Bedeutung gewinnen könnte. Das Wegfallen der Einmaleffekte des Jahres 2006 könnte das Wachstum etwas dämpfen, ebenso die angenommene restriktive Haltung der Fiskalpolitik zur Verringerung des hohen Budgetdefizits. Das WIFO rechnet für das Jahr 2007 mit einer Wachstumsrate von etwa 2%.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

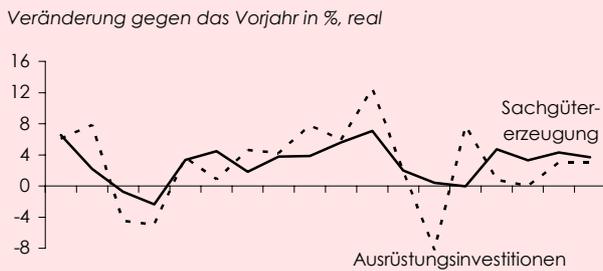
Wirtschaftswachstum



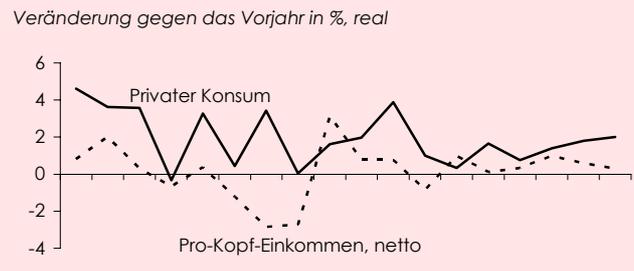
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



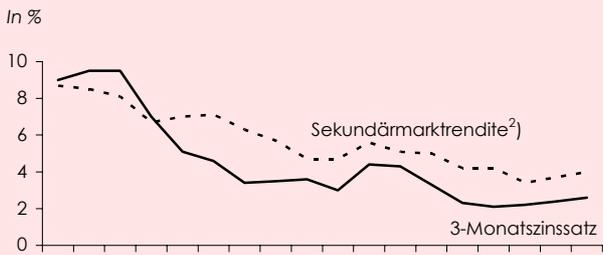
Produktion und Investitionen



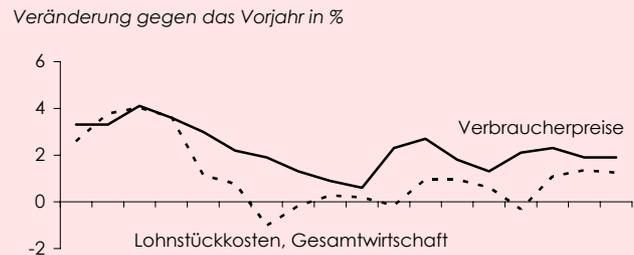
Konsum und Einkommen



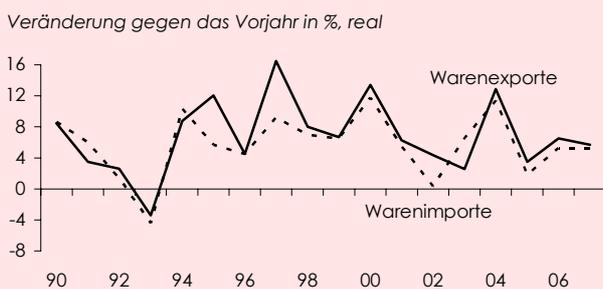
Kurz- und langfristige Zinssätze



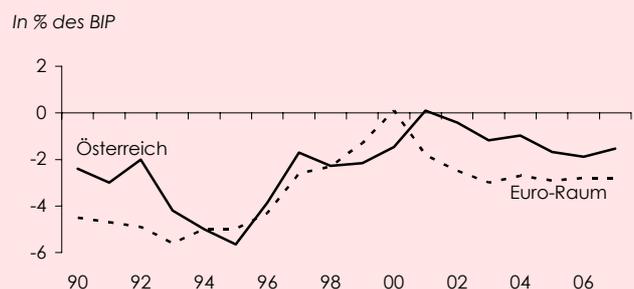
Preise und Lohnstückkosten



Außenhandel (lt. Statistik Austria)



Finanzierungssaldo des Staates



Q: WIFO-Konjunkturprognose. – 1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Im 1. Halbjahr 2005 blieb das Wachstum des Warenexports mit real +3% merklich hinter den hohen Raten des Vorjahres zurück. Aus der Außenhandelsstatistik ergeben sich Marktanteilsverluste sowohl in Ost-Mitteleuropa als auch in Westeuropa. Dies sollte allerdings primär als Korrektur der unwahrscheinlich hohen Marktanteilsgewinne interpretiert werden, die im Jahr zuvor ausgewiesen wurden. Seit dem Sommer 2005 zeichnet sich eine Erholung der Exportkonjunktur ab, im III. Quartal übertraf der Güterexport das Vorquartalsniveau laut vorläufiger Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung um fast 3%.

Exportwirtschaft stark

Österreichs Unternehmen profitieren von der guten Exportentwicklung und der lebhaften Nachfrage nach Pkw in Deutschland. Der kräftige Anstieg der Stundenproduktivität in der Industrie bewirkt eine weitere Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Österreich profitiert zum einen von der Erholung der Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern. Die deutsche Exportwirtschaft, mit der die heimischen Zulieferbetriebe eng verflochten sind, expandiert kräftig. Markant wächst auch die Nachfrage aus den erdölexportierenden Ländern und Südosteuropa.

Zum anderen kommt den österreichischen Exporteuren ihre sehr gute preisliche Wettbewerbsfähigkeit zugute. Die Lohnstückkosten gehen gegenüber den Handelspartnern merklich zurück. Das ist vor allem auf die rasche Steigerung der Stundenproduktivität in der Industrie zurückzuführen (+4% bis +5% pro Jahr).

Übersicht 4: Produktivität

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,0
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2
<b>Sachgütererzeugung</b>						
Produktion <sup>2)</sup>	+ 0,4	- 0,0	+ 4,7	+ 3,3	+ 4,3	+ 3,7
Beschäftigte <sup>3)</sup>	- 2,5	- 1,7	- 0,6	- 0,9	- 0,5	- 0,8
Stundenproduktivität <sup>4)</sup>	+ 3,5	+ 1,3	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,9
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten <sup>5)</sup>	- 0,5	+ 0,3	+ 0,8	- 0,3	+ 0,2	- 0,3

Q: WIFO-Konjunkturprognose. - <sup>1)</sup> Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. - <sup>2)</sup> Nettoproduktionswert, real. - <sup>3)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005: bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: -2,1%). - <sup>4)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. - <sup>5)</sup> Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Der reale Warenexport wird im Jahr 2006 mit +6½% wesentlich stärker zunehmen als 2005 (+3,5%). Die Beschleunigung des Wachstums der Warenausfuhr bietet einen kräftigen Impuls für die Sachgütererzeugung, die im III. Quartal 2005 um knapp 1½% höher war als im Vorquartal. Für das Jahr 2006 wird ein Anstieg der Wertschöpfung um real 4¼% erwartet. Vor allem die Zulieferindustrie zur deutschen Automobilproduktion sollte eine rege Nachfrage verzeichnen.

Dieser beträchtliche Produktionsanstieg kann aufgrund des raschen Produktivitätswachstums mit weniger Arbeitskräften bewältigt werden. Die Sachgütererzeugung beschäftigte im Jahr 2005 580.000 Personen, um etwa 10% weniger als vor zehn Jahren. Die Lohnerhöhungen für das Jahr 2006 bleiben unter dem Produktivitätsanstieg. Weiterhin gehen die Arbeitskosten in der Sachgütererzeugung merklich zurück. Die Lohnstückkosten lagen im Jahr 2005 um mehr als 20% unter dem Niveau von 1995.

Belegung der Investitionstätigkeit

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests lassen eine Übertragung der lebhaften Exportkonjunktur auf die Investitionstätigkeit erkennen. Die Bauwirtschaft meldet eine ausgezeichnete Auftragslage.

Die gute Gewinnentwicklung und die Verbesserung der Absatzerwartungen veranlassen die Unternehmen zur Umsetzung größerer Investitionsprojekte; dies bestätigen erste Ergebnisse des WIFO-Investitionstests. Kfz- und Stahlindustrie beabsichtigen ebenso wie der Maschinen- und Anlagenbau eine kräftige Ausweitung der Investitionstätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten im Jahr 2005, sie könnten 2006 um mindestens 3% zunehmen. Diese Belegung ist eine wichtige Marke im Prozess der Konjunkturerholung, sie sollte einen Anstieg von Einkommen und Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft mit sich bringen.

Auch die Bauinvestitionen ziehen an. Nach schwachem Jahresbeginn verbessert sich die Baukonjunktur seit Mitte 2005 kräftig. Im WIFO-Konjunktur- und -Investitionstest zeigen sich die Unternehmen nun deutlich optimistischer. Die Lage im Tiefbau ist günstig, er profitiert von einer Ausweitung der Mittel für Infrastrukturprojekte. Auch im Wohnungsneubau und im Renovierungssektor kündigt sich eine Aufwärtstendenz an. Aufgrund der Zunahme der Nachfrage nach Wohnungen erhöht sich die Zahl der Bewilligungen im geförderten Wohnbau. Eine Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen würde auch die lange erwartete Erholung im Industriebau auslösen. Das WIFO erwartet für 2006 eine Steigerung der realen Bauproduktion von 2,5%.

## Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Zu Herstellungspreisen

	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	163,69	165,82	168,49	171,25	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6
Private Haushalte <sup>1)</sup>	124,01	125,75	128,02	130,58	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0
Staat	39,68	40,07	40,47	40,68	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	48,84	49,41	50,63	51,68	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,1
Bruttoanlageinvestitionen	47,82	48,22	49,53	50,74	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,7	+ 2,4
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	21,65	21,65	22,30	22,97	+ 0,8	± 0,0	+ 3,0	+ 3,0
Bauten	26,17	26,56	27,22	27,77	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0
Inländische Verwendung	213,60	215,93	219,82	223,65	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,7
Exporte	118,30	121,95	128,85	135,41	+ 9,0	+ 3,1	+ 5,7	+ 5,1
Reiseverkehr	13,51	13,65	14,08	14,44	+ 0,1	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,5
Minus Importe	109,51	111,27	116,77	122,48	+ 6,2	+ 1,6	+ 4,9	+ 4,9
Reiseverkehr	7,62	7,59	7,66	7,85	- 10,9	- 0,5	+ 1,0	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	222,49	226,65	231,97	236,70	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,0
Nominell	237,04	245,70	256,19	266,27	+ 4,4	+ 3,7	+ 4,3	+ 3,9

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Im Jahr 2006 wachsen die Bruttoanlageinvestitionen erstmals seit drei Jahren rascher als das BIP, die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote liegt bei 21%. Sie ist damit allerdings niedriger als in der Hochkonjunktur 1999/2000 (22%).

Das Defizit in der Handelsbilanz hat sich von 5 Mrd. € im Jahr 2000 auf etwa ½ Mrd. € (2006) verringert. Dies spiegelt einerseits die Stärke der Exportwirtschaft wider, der Warenexport erhöhte sich von 2000 bis 2006 real um 6% pro Jahr. Andererseits kommt in der Verbesserung des außenwirtschaftlichen Saldos auch die Konsum- und Investitionsschwäche zum Ausdruck, die ein verhaltenes Importwachstum nach sich zieht.

Die neuerliche Belebung der Exportnachfrage wird auch im Jahr 2006 die Handelsbilanz entlasten. Allerdings bringt die bevorstehende Erholung der Investitionen eine Steigerung der Importe mit sich: 80% der Ausrüstungsinvestitionsgüter werden importiert. Der Saldo der Handelsbilanz dürfte nahezu ausgeglichen sein.

Im Reiseverkehr werden Sondereffekte wirksam. Österreichs EU-Ratsvorsitz wird den Reiseverkehrsexport temporär anheben. In den Bereichen Hotellerie, Restaurants und Nachrichtenübermittlung wird die Wertschöpfung davon profitieren. Die Ausgaben der Österreicher im Ausland dürften kaum steigen. Damit erhöht sich der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz weiter, er könnte im Jahr 2006 4 Mrd. € erreichen (laut Zahlungsbilanz, ohne internationale Personentransporte). Die Leistungsbilanz wird im Prognosezeitraum ausgeglichen sein.

Im Jahr 2005 stiegen die Tariflöhne um durchschnittlich 2,3% und damit gleich rasch wie die Verbraucherpreise. Für 2006 zeichnet sich eine etwas günstigere Entwicklung ab. Die Herbstlohnrunde brachte um ¼ bis ½ Prozentpunkt höhere Lohn- und Gehaltsabschlüsse als im Vorjahr. Die Bruttoverdienste pro Kopf dürften im Durchschnitt um 2,8% über dem Vorjahresniveau liegen.

In realer Rechnung könnten die Bruttolöhne pro Kopf im Jahr 2006 um fast 1% zunehmen, da sich der Preisauftrieb etwas abschwächt. Im November 2005 lag die Inflationsrate vor allem aufgrund des Wegfalls des Basiseffekts hoher Treibstoffpreise bei nur 1,6%; das war der niedrigste Wert des gesamten Jahres. Das WIFO erwartet im Jahresdurchschnitt 2006 eine Inflationsrate von 1,9%, die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) dürfte 1,6% betragen. Die Inflationsrate wird auch aus statistischen Gründen gedämpft: Der Übergang zu einer neuen Berechnungsmethode verringert den gemessenen Preisauftrieb um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte.

### Reiseverkehr trägt zur Verbesserung der Leistungsbilanz bei

*Starkes Wachstum des Warenexports und hohe Reiseverkehrseinnahmen – auch infolge der EU-Präsidentschaft – prägen die Entwicklung der Leistungsbilanz.*

### Leichte Erholung der Reallöhne

*Der Preisauftrieb lässt nach, auch weil die hohen Energiekosten keine Zweitrundeneffekte auf die Preise anderer Güter und Dienstleistungen nach sich ziehen. Dies erlaubt ein leichtes Wachstum der Reallöhne.*

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf <sup>1)</sup>	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,5
Realeinkommen pro Kopf <sup>1)</sup>						
Brutto	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6
Netto	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 1,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 0,3	- 0,1	- 3,5	- 1,3	- 1,7	- 1,7
Relative Lohnstückkosten <sup>2)</sup>						
Gegenüber den						
Handelspartnern	- 0,6	+ 2,9	- 0,8	- 1,1	- 1,0	- 1,5
Gegenüber Deutschland	- 1,5	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	- 1,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,2	- 0,5	- 0,5	- 0,2
Real	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,0	- 0,5	- 0,9	- 0,2

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – <sup>1)</sup> Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – <sup>2)</sup> In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Teuerung der Mineralölprodukte hat sich in den letzten Monaten beruhigt. Allerdings wurden die Strom- und Gaspreise angehoben. Nennenswerte Folgeeffekte der Energieverteuerung des letzten Jahres auf die Preise anderer Güter und Dienstleistungen sind nicht zu beobachten. Die Preise industriell-gewerblicher Güter zogen bislang kaum an. Auch die Lohnabschlüsse wurden den Anforderungen der Preisstabilität gerecht. Die Lohnstückkosten steigen in der Gesamtwirtschaft im Jahr 2006 nominell um 1¼%. Real sinken die Arbeitskosten. Dies impliziert einen neuerlichen Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen.

**Privater Konsum wächst weiter verhalten**

Die Konsumschwäche hält seit fünf Jahren an. Sie wird durch ein geringes Wachstum der Realeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen und einen Anstieg der Sparquote geprägt.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte überstieg das Niveau der Vorperiode im III. Quartal 2005 real um nur 0,4%. Im Jahresdurchschnitt betrug das Wachstum gegenüber dem Vorjahr 1,4%. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005 expandierte der private Konsum um nur 1%, halb so stark wie im langfristigen Vergleich. Ohne eine markante Steigerung der Ausgaben für den privaten Verbrauch kann die Konjunkturerholung nicht in einen selbsttragenden Aufschwung übergehen.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,3	+ 3,2	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 0,7	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte <sup>2)</sup>	7,7	8,6	9,0	9,4	9,5	9,4
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 1,2	+ 1,6	+ 5,0	+ 4,4	+ 2,8	+ 3,3
	In %					
Inflationsrate						
National	1,8	1,3	2,1	2,3	1,9	1,9
Harmonisiert	1,7	1,3	2,0	2,2	1,9	1,9
"Kerninflation" <sup>3)</sup>	2,0	1,3	1,6	1,5	1,6	1,6

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – <sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – <sup>3)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Im Jahresverlauf 2005 zog der Konsum von dauerhaften Gütern an; hier könnten sich verzögerte Effekte der Steuerreform spiegeln. Allerdings blieb die Nachfrage nach Pkw sehr verhalten. Die Neuzulassungen blieben von Jänner bis Oktober 2005 um ¼%, die Umsätze des Kfz-Handels und der Tankstellen von Jänner bis September real um ¾% unter dem Niveau des Vorjahres. Auch der Großhandel entwickelt sich enttäuschend. Der Einzelhandel setzte von Jänner bis September real um 1,3% mehr um als im Vorjahr.

Im Jahr 2006 könnten die Erhöhung der Realeinkommen, anhaltendes Beschäftigungswachstum und verzögerte Effekte der Steuerreform eine leichte Belebung der Konsumnachfrage bewirken (real +1,8%). Die Nachfrage nach dauerhaften Gütern dürfte wesentlich kräftiger expandieren als jene nach nichtdauerhaften Konsumgütern und Dienstleistungen.

Das WIFO erwartet für das Jahr 2006 einen Anstieg der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 34.000 (+1,1%). Besonders stark erhöht sich die Beschäftigung von Frauen in Dienstleistungsbranchen, der Zuwachs könnte also überwiegend Teilzeitarbeitsplätze betreffen. Allerdings nimmt auch die Zahl der erwerbstätigen Männer zu, die meist vollzeitbeschäftigt sind: Die Bauwirtschaft stellt erstmals seit 1997 zusätzliche Beschäftigte ein, und in der Sachgütererzeugung ist 2006 ein Rückgang von nur 0,5% zu erwarten. Das Arbeitskräfteangebot steigt weiterhin rasch. Der rege Zustrom aus dem Ausland hält an; überdies erhöht die Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters durch die Maßnahmen der Pensionsreform das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2006 um etwa 8.000 Personen.

### Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik

Dank einer merklichen Erhöhung der Zahl der Schulungsteilnahmen steigt die Arbeitslosenquote im Jahr 2006 nicht weiter. Die Beschäftigung wächst weiterhin kräftig.

#### Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 11,6	+ 8,5	+ 25,1	+ 36,6	+ 39,5	+ 32,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)2)</sup>	- 15,0	+ 5,5	+ 21,1	+ 31,6	+ 34,0	+ 27,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländer	- 20,1	- 10,4	+ 9,2	+ 19,6	+ 17,0	+ 13,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 5,1	+ 15,9	+ 11,9	+ 12,0	+ 17,0	+ 14,0
Selbständige <sup>3)</sup>	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,5	+ 5,5
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 42,9	+ 37,7	+ 34,4	+ 12,7	+ 9,0	+ 20,2
15- bis 59-Jährige	+ 13,4	+ 21,2	+ 35,6	+ 45,7	+ 40,5	+ 24,9
Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	+ 17,0	+ 16,1	+ 28,9	+ 45,4	+ 41,5	+ 32,5
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>5)</sup>	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 8,8	+ 2,0	± 0,0
Stand	in 1.000	232,4	240,1	243,9	252,7	254,7
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen <sup>6)</sup>	4,2	4,3	4,8	5,2	5,2	5,2
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	6,2	6,3	6,4	6,5	6,5	6,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	6,9	7,0	7,1	7,2	7,2	7,2
<i>Beschäftigungsquote</i>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)7)</sup>	62,5	62,2	62,3	62,8	63,4	63,7
Erwerbstätige <sup>6)7)8)</sup>	-	-	67,8	68,0	68,2	68,4

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – <sup>1)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – <sup>2)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>3)</sup> Laut WIFO. – <sup>4)</sup> Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – <sup>5)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>6)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>7)</sup> In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – <sup>8)</sup> Geänderte Erhebungsmethode.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahr 2006 erstmals seit 2001 nicht mehr steigen, sie stagniert bei knapp 255.000. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 5,2% der Erwerbspersonen laut Labour Force Survey der EU. Dazu trägt vor allem die starke Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik bei, deren Budget um ein Drittel erhöht wird. Sie wird die Zahl der Schulungsteilnehmer um etwa 10.000 auf etwa 60.000 steigern. Diese Personen werden von der offiziellen Zahl der Arbeitslosen nicht erfasst. Die Forcierung der Qualifizierungspolitik konzentriert sich auf Wiederein-

steigerinnen und Jugendliche, die besonderen Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonders schwerwiegendes soziales Problem. Das Arbeitslosenregister weist für 2005 eine durchschnittliche Zahl von 41.000 Arbeitslosen im Alter von 15 bis 24 Jahren aus. Dazu kommen etwa 6.000 Lehrstellensuchende und 19.000 Schulungsteilnehmer, beide Gruppen sind nicht in der offiziellen Arbeitslosigkeit enthalten. Die Zahl der arbeitssuchenden Jugendlichen hat sich gegenüber dem Jahr 2000 um 28.000 erhöht. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Maßnahmen zur Steigerung der Lehrstellenzahl im Jahr 2005 und durch zusätzliche Qualifizierungsprogramme im Jahr 2006 ist wichtig, diese Initiativen sollten in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Zudem bedarf es weiterer Maßnahmen im Bereich des Bildungssystems und der sozioökonomischen Betriebe.

### Defizit der öffentlichen Haushalte bleibt unter 2% des BIP

Die Einnahmen des Bundes steigen stärker als im Voranschlag angenommen, gleichzeitig werden umfangreiche zusätzliche Ausgaben wirksam. Im Prognosezeitraum dürfte das Defizit der öffentlichen Haushalte die Schwelle von 2% des BIP nicht überschreiten.

Das Steueraufkommen lag im Jahr 2005 merklich über dem Bundesvoranschlag. Vor allem die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer auf Dividenden brachten höhere Einnahmen als erwartet. Dies spiegelt die sehr gute Gewinnlage der heimischen Unternehmen wider. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung sollte damit im Jahr 2005 etwas günstiger ausfallen als angenommen, das Defizit dürfte 1,7% des BIP erreichen.

#### Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition <sup>1)</sup>	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,7	- 1,9	- 1,5
Laut VGR	- 0,6	- 1,3	- 1,1	- 1,8	- 2,0	- 1,6
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,2
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	3,3	2,3	2,1	2,2	2,4	2,6
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>	5,0	4,2	4,2	3,4	3,7	4,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,2	- 0,5	- 0,6	- 0,2
Real	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9	- 0,7	- 1,0	- 0,3

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – <sup>1)</sup> Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Im Jahr 2006 könnte das Defizit höher ausfallen. Zum einen dürften Kosten der Steuerreform im Bereich der Gewinnsteuern verzögert wirksam werden. Zum anderen ergeben sich auf der Ausgabenseite zusätzliche Belastungen. Dazu zählen neben der Pensionserhöhung und dem Gehaltsabschluss für die öffentlich Bediensteten auch die Mehraufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik, die Bildungs- und Forschungspolitik. Dagegen wirken die Einsparungsmaßnahmen im Zuge der Verwaltungsreform. Das WIFO rechnet mit einem Defizit der öffentlichen Haushalte von 1,9% des BIP.

Der Ausblick auf das Budget 2007 bleibt vage, da noch kein Bundesvoranschlag vorliegt. Die Einnahmen dürften auf Basis der gegenwärtigen Konjunkturannahmen um etwa 3¼% wachsen. Für die Entwicklung der Ausgaben wurden restriktive Annahmen getroffen; insbesondere wurde unterstellt, dass die "Verwaltungsreform II" auf allen Ebenen umgesetzt wird. Der Finanzierungssaldo des Staates könnte bei etwa -1½% des BIP liegen.

## Cyclical Recovery of Investment

### Economic Outlook for 2006 and 2007 – Summary

Austria's economy is expected to grow by 2.4 percent in volume in 2006. Exports and gross fixed capital formation will sustain the cyclical recovery, while private household demand will hardly pick up from its current weakness. Inflation should decelerate, leading to moderate real income gains. The increase in budgetary funds for active labour market policy will prevent unemployment from rising further, but will, together with higher spending on other items, widen the government deficit.

The domestic export industries have seen a marked revival of activity since last summer. Austria is benefiting mainly from established supply relations with industrial manufacturers in Germany and other European countries which take advantage of continued strong global growth, rising demand from oil-exporting countries and the depreciation of the euro vis-à-vis the dollar. The momentum of merchandise exports should further increase to a rate of 6½ percent in volume in 2006, on account of additional demand stimulus from Germany. The rise in the standard VAT rate from 16 to 19 percent as from 1 January 2007 will lead to sizeable front-loading of purchases of durable consumer goods, notably of motor cars. The boom of German car manufacturers will strongly boost orders of the high-performing Austrian suppliers. Thus, the domestic manufacturing sector may enjoy an increase in its value added by 4.3 percent in volume in 2006.

For the further cyclical course it will be decisive whether the profits of exporting firms will be channelled into higher investment. First positive signs in that direction can be observed: the WIFO investment survey of autumn 2005 suggests that sentiment has turned around in the automobile and the steel industry as well as in machinery and industrial plant construction, with firms no longer deferring investment projects but planning their implementation. Corporate spending on machinery and equipment may go up by 3 percent in 2006 from last year. Likewise, the construction industry is optimistic in judging its order situation, such that construction investment is expected to expand by 2.5 percent in 2006.

The current recovery may translate into a sustained cyclical upswing provided that the upward trend spills over to private household income and consumer demand. In that respect, no indications have appeared so far, even if pre-Christmas retail sales have been reported lively. Private consumption has been growing by only 1 percent per year in volume since 2000, half the rate corresponding to the long-term average. The main reasons have been the small gains in real earnings and the rise in the saving ratio, which attained 9.4 percent of household disposable income in 2005. In 2006 and 2007, consumer demand is projected to gain nearly 2 percent, respectively, deemed insufficient as to act as a strong driver of overall growth. The moderate increase in consumption will be supported by higher wage settlements and decelerating inflation. Headline inflation is expected at 1.9 percent both in 2006 and 2007, on the assumption of oil prices on world markets stabilising. Spill-over effects of higher energy prices onto prices of other goods and services have so far been largely absent.

The number of persons in active employment will continue to rise strongly, by a projected 34,000 in 2006. Half of the increase is accounted for by foreign labour. In addition, service jobs for women, many of them part-time, will post further substantial gains. Nevertheless, job opportunities will also become brighter in sectors where full-time jobs for men prevail, such as in construction where overall employment is set to rise for the first time since 1997. Only few jobs will be lost in manufacturing in 2006, but the strong increase in output will be accommodated by substantial gains in hourly productivity (+4½ percent per year). For 2006, government funds for active labour market policy are envisaged to increase by one-third. As a consequence, the number of people in labour market training will go up by around 10,000 on annual average. Raising the qualification levels of the unemployed, notably among women re-entering the labour force and of young school-leavers, is important and efforts to that effect should continue beyond 2006. Since participants in training organised by the labour market service are not counted as unemployed, the jobless rate is not expected to increase further. It will remain at the high level of 7.2 percent of the dependent labour force (according to the conventional national definition) or 5.2 percent of the total labour force (Eurostat definition).

The general government deficit is likely to be kept below the threshold of 2 percent of GDP in 2006. Although spending on personnel, retirement benefits, labour market, research and education will increase, revenues from profit taxes will exceed the budgetary plans and a reform of public administration will help save costs. A draft for the 2007 Federal budget has not yet been presented. From the perspective of the cyclical scenario and assuming a restrictive stance for public expenditure, the general government deficit should be expected in the order of 1½ percent of GDP.

Short-term risks for the WIFO projections derive from the volatility of oil prices and the exchange rate of the euro to the dollar. The front-loading of private spending in Germany ahead of the VAT increase and one-off events in Austria (such as the take-over of the Council presidency in the EU in the first semester) will provide stimulus to GDP growth in 2006. The subsequent year may see a reverse echo-effect, exacerbated by the need to cut the high government deficit. The outlook for GDP growth in 2007, tentatively projected at around 2 percent, is necessarily vague at the present stage. The cyclical momentum may prove stronger than assumed, if investment were to accelerate to a boom, public spending to provide further incentives to qualification and research, if private household disposable income would post substantial gains and consumer demand pick up from its protracted sluggishness.

---

The English version of the WIFO Economic Outlook will be published in the Austrian Economic Quarterly by the end of January.